

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 6. Juni 2016

EDU-Reaktion zu den Abstimmungsergebnissen vom 5. Juni 2016

Für eine „Tabu-freie“ Gesellschaft bleibt der Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens ein Tabu

Dieser Widerspruch zeigt sich bei der Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes.

Leider war die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung einmal mehr nicht bereit, dem Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens die nötige Beachtung zu schenken. Menschliche Embryonen werden nun in grosser Zahl vernichtet oder der Forschungsindustrie preisgegeben. Enttäuschte Paare werden ernüchtert feststellen, dass die gesundheitlichen Nebenwirkungen bei Mutter und Kind nicht kleiner werden, und dass der Traum vom Leben ohne Behinderung nicht erzwingbar ist. Und Kinder werden nun keinen Vater haben, weil ihr genetischer Vater (Samenspender) schon mehrere Jahre vor der Zeugung des Kindes verstorben war. Der Bund ist nun gefordert, wenigstens die gelockerten Kontrollbestimmungen in der „Fortpflanzungsindustrie“ konsequent durchzusetzen. Und die Bürger sind aufgerufen, nicht weitere Dammbürche wie z.B. die mit dem hängigen Adoptionsgesetz legitimierte im Ausland vorgenommene Leihmutterchaft zu fördern.

Zu den weiteren Vorlagen:

Volksinitiative „Pro Service Public“

Die EDU betrachtet die Managerlöhne in Bundesbetrieben in mehrfacher Höhe eines Bundesratslohnes weiter als nicht angebracht. Auch gibt es Bedrohungen des Service public, die von der Initiative nicht angesprochen worden waren. So würde ein Verkauf von z.B. Kraftwerken an ausländische Konzerne den Service public im Energiesektor zum Wanken bringen.

Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

Sockelarbeitslosigkeit, steigende Technisierung und damit Abschaffung einfacher Arbeitsplätze sowie die Finanzierung steigender Sozialkosten bleiben eine grosse Herausforderung für die Schweiz. Ebenso ist die Sinnvermittlung im Berufsalltag wie im privaten Leben ein wesentliches Element für das Wohl einer Gesellschaft. Christen können durch ihre Grundlage die Gesellschaft konstruktiv mit prägen. Die Initiative hätte nicht die richtigen Lösungen gebracht.

Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“

Ausgeglichene öffentliche Finanzen, ein guter Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur (Strasse und Schiene) und gute finanzielle Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Bevölkerung sind wichtige Aufgaben für Bund und Kantone. Der Bund wird weiterhin *allen* diesen Faktoren gebührend Rechnung tragen müssen, auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite.

Änderung des Asylgesetzes

Die Versprechen des Bundes sind in Taten umzusetzen. Die Praxis darf es nicht verwässern. Das Mittel der Enteignung soll nur im alleräussersten Notfall eingesetzt werden. Gleichzeitig braucht es weitere Massnahmen, damit die Migration nicht völlig ausser Kontrolle gerät.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch